

Thomas Noetzel

## Wilhelm Hennis: Politikwissenschaft als Tugendlehre

Als in den siebziger Jahren der technokratische Optimismus omnipotenter politischer Steuerung der Gesellschaft durch staatliches Handeln immer häufiger Enttäuschungen hinnehmen mußte, rückten Überlegungen zur Regierbarkeit komplexer, hochindustrialisierter, liberaler, parlamentarisch verfaßter Ordnungen in den Mittelpunkt politikwissenschaftlichen Interesses. Wilhelm Hennis beteiligte sich an dieser Debatte u.a. mit der Herausgabe eines zweibändigen Sammelbandes über "Regierbarkeit – Studien zu ihrer Problematisierung".<sup>1</sup> Einer der Autoren gibt dabei mit seinem Hinweis auf den "gelähmten Leviathan"<sup>2</sup> gleichsam die Richtung der Analyse vor. Zwischen den partikularistischen Ansprüchen sozialer Gruppen, zunehmenden Forderungen nach umfassenden etatistischen Interventionen in gesellschaftliche Organisationsbereiche und den jeweiligen Verhinderungspotenzen betroffener Gruppenegoismen versandet politische Gestaltungskraft. Diese Ohnmacht gilt als besonders brisant, weil gerade an die "Überforderung" des Staates seine "Legitimation" gebunden wird. So entsteht die paradoxe Situation, daß der moderne Staat allgemeiner "Daseinsfürsorge" (Ernst Forsthoff) hypertrophe Strukturen entwickelt. Verwaltungshandeln dringt in immer mehr gesellschaftliche Bereiche vor und verliert gleichzeitig rapide an Durchsetzungskraft. (Diese – hier nur kurz skizzierte – Krisenwahrnehmung bleibt weit über die siebziger Jahre hinaus virulent. Unter dem Stichwort "Politik-" und "Demokratieverdrossenheit" steht sie zwanzig Jahre später und bereichert durch Korruptionsanklagen gegen die politische Elite immer noch auf der Tagesordnung.)

Hennis widmet sich in diesem Kontext einer Untersuchung des Zusammenhangs von "Parteienstruktur und Regierbarkeit", die mit der skeptischen Frage endet, ob es für liberal-parlamentarische Systeme, für moderne Staatlichkeit eine Chance gebe, den "unakzeptablen" Strategien des "Cäsarismus" oder der "Demokratie von der Straße" bzw. der "populistische(n)' Kombination beider" zu entgehen<sup>3</sup>: "Sicher ist, daß [...] die westliche Welt vor einer ... einzigartigen Bewährungsprobe steht. Schon einmal hat der Großteil der neuen, am Ende des Ersten Weltkriegs zur parteiendemokratisch-parlamentarischen Regierungsweise übergegangenen Staaten die Probe nicht bestanden. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann in den meisten Staaten auch Westeuro-

<sup>1</sup> Wilhelm Hennis, Peter Graf Kielmansegg, Ulrich Matz (Hrsg.), Regierbarkeit – Studien zu ihrer Problematisierung, Stuttgart 1977.

<sup>2</sup> Hans-Peter Schwarz, Das europäische Konzert der gelähmten Leviathane. Variationen zum Thema Unregierbarkeit und Außenpolitik, ebd., Bd. 1, S. 296ff

<sup>3</sup> Wilhelm Hennis, Parteienstruktur und Regierbarkeit, ebd., Bd. 1, S. 194.

pas ein neuer Versuch. Daß nicht anders, wie dem Menschen der Tod Gewißheit ist, auch politische Ordnungen vom Zusammenbruch, vom 'Systemtod' (H.i.O.) bedroht sind, gehört zu den Grunderfahrungen der Geschichte und politischen Theorie. Grob vereinfacht hat man seit Thukydides und Aristoteles bis zu Montesquieu, Gibbon und Tocqueville stets drei Faktoren als die wichtigsten Elemente der Stabilität angesehen: die Weisheit der Gesetze oder, wie wir uns ausdrücken würden, die Kraft der Institutionen, die Qualität der Herrscher und die Tugend der Bürger. Die Worte klingen verstaubt, die Sache ist die gleiche geblieben. Es gibt kein Problem der 'Industriegesellschaft' (H.i.O.), bei dessen praktisch-geschichtlicher Meisterung, seiner Ausweglosigkeit oder Lösbarkeit, man nicht in letzter Instanz auf diese Trias stoßen würde."<sup>4</sup>

Hennis' Analyse speist sich aus der Sorge um die Zukunft liberal-parlamentarischer Ordnungen. Er ist ein Krisendiagnostiker par excellence. Tröstungen technokratischer Machbarkeitsvisionen existieren für ihn nicht, vielmehr verbindet sich in seinem Denken die Gefahr des Scheiterns mit einem Vergessen der Teleologie des Politischen. Dabei gibt der mißglückte Probelauf demokratischer Verfaßtheit zwischen den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts die historische Folie der Bedrohungswahrnehmung ab. Die Überzeugung, daß Bonn nicht Weimar sei und werden dürfe – um ein häufig rezensiertes Buch aus den fünfziger Jahren zu zitieren<sup>5</sup> – treibt auch Wilhelm Hennis an. Gleichwohl übersteigen seine Arbeiten den engeren zeitgenössischen Horizont und konstruieren eine politische Theorie, in der die "gute Ordnung" zur eigentlichen Zielvorstellung wird. Politikwissenschaft gerät so zur Tugendlehre.

## Ein Außenseiter?

Wilhelm Hennis wird am 18.2.1923 in Hildesheim geboren. Zwischen 1933 und 1938 wächst er in Südamerika auf und absolviert nach seiner Rückkehr in Dresden eine sog. "Aufbauschule" zur Erlangung des Abiturs.<sup>6</sup> Während des Zweiten Weltkriegs wird er zum U-Boot-Wachoffizier ausgebildet. Als Leutnant tut er seinen Dienst; die Aufforderung "Nationalsozialistischer Führungs-

---

<sup>4</sup> Ebd., S. 195.

<sup>5</sup> Fritz René Allemann, Bonn ist nicht Weimar, Köln/ Berlin 1956.

<sup>6</sup> Dazu und zum Folgenden: Wilhelm Hennis, Man lebte noch ..., in: Werner Filmer/ Heribert Schwan (Hrsg.), Mensch, der Krieg ist aus. Zeitzeugen erinnern sich, Düsseldorf/ Wien 1985, S. 174ff; Hinweise zu seiner Biographie und zur wissenschaftlichen und politischen Bedeutung seines Denkens finden sich in: Rolf Zundel, Aus der Nähe erlebt, aus der Distanz gelehrt – Wilhelm Hennis, ein unbequemer Konservativer, in dessen Werk sich die politische Entwicklung unserer Republik spiegelt, in: Die Zeit, Nr. 37, 9.11.1988, S. 9f; Gunter Hofmann, Blick nach vorn im Zorn, in: Die Zeit, Nr. 8., 19.2.1993, S. 34; Konrad Adam, Im Kosmos der Politik, in: FAZ, Nr. 41, 18.2.1993, S. 29.

offizier" zu werden, lehnt er ab. Gegen Kriegsende wird ihm eine Anklage wegen "Wehrkraftzersetzung" gemacht; der 8. Mai 1945 beendet das Verfahren. Unmittelbar nach seiner Heimkehr im August 1945 beginnt er, in Göttingen Jura und Geschichte zu studieren. "Wir bedurften keiner umständlichen Umerziehung. (Ich rede nicht von den viel zu vielen, die einfach vor sich hin gelebt haben). [...] Für das Regime, das nun am Ende war, empfand ich Ekel, den man am besten schnell vergaß. Jetzt galt der neue Tag. Ich empfinde mich also mit bestem Gewissen als Vertreter der ach so 'bornierten' (H.i.O.) Aufbaugeneration", heißt es in der schon zitierten autobiographischen Skizze<sup>7</sup>; die politische Westorientierung und die Parteinahme für die Etablierung einer liberalen, parlamentarischen Demokratie ist quasi selbstverständlich. Zur Teilnahme an der ersten Bundestagswahl fordert Hennis, der in Göttingen inzwischen mit Horst Ehmke und Peter von Oertzen den dortigen SDS gegründet hatte, in der Göttinger Universitätszeitung "die innere Bereitschaft", "bewußt" mit den neuen politischen Handlungsmöglichkeiten umzugehen. Gleichzeitig betont er die Notwendigkeit, konsensuelle Bereiche zur Stützung und Fundierung des politischen Richtungstreites zu schaffen.<sup>8</sup>

Deutlich ist Hennis' Beschreibung seines Werdegangs durch eine Semantik der Vergangenheitsabwendung und der Zukunftsorientierung geprägt. Den "Ekel" über das Alte "vergaß [...] man am besten schnell", das Neue verlangt nach "Aufbau". Der "neue Tag" verheißt Gutes: "Wir waren *frei* (H.i.O.). Was ließ sich daraus machen!"<sup>9</sup> Diese Emphase, deren Kraft Hennis' Erinnerungen an das Ende des Krieges noch vierzig Jahre später prägt, kennzeichnet den politisch reflektierten Teil einer Generation, die nach Ende des Ersten Weltkriegs geboren wurde und wegen ihres Alters dem nationalsozialistischen Regime v.a. als Soldaten diente. Zwar durchliefen sie in der Regel (insbesondere die ab 1927 geborenen Jahrgänge) eine hermetisch-nationalsozialistisch ausgerichtete Sozialisation in Schule, Jungvolk, Hitlerjugend, Arbeitsdienst usw., aber die existenziellen politischen Erfahrungen wurden als Kriegsteilnehmer gemacht. In der Selbstwahrnehmung kann sich diese Generation als politisch "unbelastet" beschreiben, weil sie den Zusammenbruch der Weimarer Republik als Kinder und politisch unmündige Jugendliche erlebte und die Funktionsträger des NS-Regimes einer anderen Alterskohorte entstammten.<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> Ebd., S. 178.

<sup>8</sup> Zit. nach: Dirk van Laak, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens — Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik, Berlin 1993, S. 183f.

<sup>9</sup> Hennis, Man lebte noch ..., S. 179.

<sup>10</sup> Bestärkt konnten sich die Angehörigen dieser Generation noch durch die sog. "Jugendamnestie" der Alliierten (Zonen-Exekutivanweisung Nr. 54, 1947) sehen, die bei nach dem 1.1.1919 geborenen Personen von prinzipieller Unbelastetheit ausging, sofern sich diese Personen keiner Kriegsverbrechen schuldig gemacht hatten. Dazu: van Laak, Schweigen, S. 17.

Der soziale, ökonomische und politische Aufbau wird zur eigentlichen Aufgabe der "Jugendamnestierten". Wobei insbesondere diejenigen, die sich nicht mit einer politischen "Ohne-mich-Haltung" begnügen, sondern demokratisch mitgestalten wollen, in eine prekäre Zwischenlage geraten werden. Hennis' Zurechnung zur Gruppe der "bornierten" Aufbaugeneration manifestiert in ihrer subkutanen Polemik so etwas wie Zorn über die offensichtlich von Jüngeren nicht gewürdigte Leistung des Wiederaufbaus: Statt Dank zu erhalten, sehen sie sich Diffamierungen ausgesetzt (etwa dem Vorwurf "borniert" zu sein.)<sup>11</sup> Diese Vertreter der zwischen 1919 und 1940 Geborenen geraten damit in der Bundesrepublik in eine doppelte Konfliktlage, rekrutierte sich doch die politische Elite Westdeutschlands bis zu Beginn der sechziger Jahre aus einem Personenkreis, der aus den Jahren der Weimarer Republik überkommen war, in mehr oder minder deutlicher Distanz zum NS-Staat gestanden oder in diesem sogar Führungsfunktionen übernommen hatte. Die Bonner Republik stand lange Jahre im Zeichen "alter Männer".

Die junge Aufbaugeneration verkörpert diesen "Alten" gegenüber den Willen zur gesellschaftlichen Modernisierung und Dynamisierung, der in einer deutlichen kulturellen und politischen Westorientierung seinen adäquaten Ausdruck findet. In den Jahren einer sich verstärkenden außerparlamentarischen Opposition, insbesondere in der Zeit der "Studentenbewegung" sieht sie sich nun allerdings selbst dem Vorwurf ausgesetzt, sklerotisiert und veraltet zu sein. Eine Beschwerde, die sie um so mehr trifft, als sie selbst sich reformorientiert wahrnimmt. Diese Lage zwischen den Zeiten des "Alten" und "Neuen" läßt sich deutlich am hochschulpolitischen Engagement eines großen Teils ihrer Vertreter ablesen. Wilhelm Hennis etwa kritisiert die tradierte Ordinarienuniversität der fünfziger Jahre und votiert für Veränderungen, aber findet sich Ende der sechziger Jahre als konservativer Verteidiger nicht legitimierbarer Professorenprivilegien gebrandmarkt.<sup>12</sup>

Hennis schließt 1951 sein v.a. durch Rudolf Smend geprägtes Jura-Studium ab, wobei er sich in seiner Dissertation mit dem "Problem der Souveränität" beschäftigt. Deutlich werden dabei die politikwissenschaftlichen und d.h. für Hennis die historischen Bezüge der Fragestellung herausgearbeitet.<sup>13</sup>

---

<sup>11</sup> Einer der Schlüsseltexte für diese Wahrnehmung ist Alexander und Margarete Mitscherlichs Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" (München 1967), in dem der "psychosoziale Immobilismus" der Aufbaugeneration kritisiert und auf die nach 1945 nicht geleistete "Trauerarbeit" zurückgeführt wird.

<sup>12</sup> Vgl. Hennis, Die deutsche Unruhe. Studien zur Hochschulpolitik, Hamburg 1969, S. 96ff mit einem Plädoyer für eine stärkere Berücksichtigung der Lehre, mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Assistenten und einer deutlichen Kritik an den Inhalten und Formen des studentischen Protestes: "In der studentischen Bewegung, mit dem Aktivismus eng verknüpft, beginnt eine tief illiberale Tendenz zu dominieren. Die intolerante Unduldsamkeit, die Unfähigkeit, miteinander zu diskutieren, das Alles-schon-so-genau-Wissen, die Irrationalität trotz ständigen Zitierens der Rationalität, ..." (S. 136)

<sup>13</sup> Ders., Das Problem der Souveränität – Ein Beitrag zur neuen Literaturgeschichte und gegenwärtigen Problematik der politischen Wissenschaften, Diss. jur. (Maschinenschrift) Göttingen, 1951

Nach Abschluß der Promotion verfolgt er aber die hier aufgeworfenen Fragestellungen theoretisch zunächst nicht weiter, sondern tritt eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten und Rechtsexperten seiner Partei, Adolf Arndt, an.<sup>14</sup> Als wissenschaftlicher Assistent Carlo Schmid's kehrt er an die Universität zurück; 1960 habilitiert er sich mit einer Arbeit über "Politik und praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft".<sup>15</sup> Es folgen Berufungen an die Pädagogische Hochschule Hannover (1960-1962), die Universitäten Hamburg (1962-1967) und Freiburg (1967 bis zu seiner Emeritierung 1988). Dazwischen und danach absolviert er Gastprofessuren und Forschungsaufenthalte u.a. an der New Yorker New School of Social Research und am Wissenschaftskolleg Berlin. Über den akademischen Wirkungskreis hinaus – besondere Erwähnung verdient seine Tätigkeit als Herausgeber der Schriftenreihe "Politica" – war und ist Hennis in der Politik- und Medienberatung aktiv: Hier ist sein Wirken in der Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung und seine 19 Jahre dauernde Mitgliedschaft im ZDF-Fernsehrat zu nennen. Er war über 20 Jahre lang Mitglied der SPD und trat zweimal aus ihr aus (1958 aus Protest gegen die sozialdemokratische Unterstützung der "Kampf dem Atomtod Bewegung" und 1969 aus Protest gegen die Nichteinführung des Mehrheitswahlrechts)<sup>16</sup>, wechselte über in die CDU, verließ auch diese, unterstützte die Bauern von Wyhl in ihrem Vorgehen gegen den Bau eines Atomkraftwerks. Er gehörte zu den Gründern des "Bundes Freiheit der Wissenschaft".

## Politikwissenschaft und Praxis

Im Vorwort zur 1977 erschienenen zweiten Auflage seiner Habilitationsschrift beschreibt Hennis die Kontinuität seines Denkens und die ungünstigen

---

<sup>14</sup> Ders., Institutionelle Sorgen in der Bundesrepublik? in Rudolf Hrbk (Hrsg.), Personen und Institutionen in der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Symposium aus Anlaß des 80. Geburtstages von Theodor Eschenburg, Kehl a. Rh. 1985, S. 59. Die dort erzählte Geschichte eines verräterischen Angestellten in Adenauers Kanzleramt, der die vertraulichen Protokolle der Kabinettsitzungen vervielfältigte, eine Kopie an den französischen Auslandsspionagedienst verkaufte und eine Kopie an Schumachers Büro weitergab, wo sie in Hennis' Schreibtisch – ohne dessen Wissen, bekam er doch für die entsprechenden Schubfächer nie einen Schlüssel ausgehändigt – gelagert wurden, ist ein Beispiel für die Reflexion über richtige und falsche Amtsausübung, nicht nur des Aktenboten, sondern auch derjenigen, die ihm seine "Geheimnisse" abnahmen.

<sup>15</sup> Ders., Politik und praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft, Neuwied/ Berlin 1963, 2. Auflage Stuttgart 1977.

<sup>16</sup> Vgl. Ders., Große Koalition ohne Ende? Die Zukunft des parlamentarischen Regierungssystems und die Hinauszögerung der Wahlrechtsreform, München 1968.

Rezeptionsbedingungen, auf die die Studie im Jahr ihrer Erstveröffentlichung stieß: "Obwohl heute sicher manches zurechtzurücken wäre, noch mehr zu ergänzen, meine ich, daß die Richtung noch immer stimmt. Ein Verständnis des Fachs, das durch zwei Jahrtausende Tradition nicht durch 'Autoritäten' (H.i.O.), sondern aus der Sache heraus immer wieder beglaubigt worden ist, kann kaum durch den wissenschaftlichen 'Fortschritt' (H.i.O.) von zwei Jahrzehnten zunichte gemacht werden. Als das Buch [...] 1963 im Druck erschien, war ihm der Zeitgeist schon nicht mehr günstig; der Reedukation folgte eine oft geradezu zelosig betriebene 'Rezeption' (H.i.O.) der amerikanischen Political Science mit ihren sich jagenden Moden; zugleich erhob die 'Frankfurter Schule' (H.i.O.) ihre emphatischen Herrschaftsansprüche. Immerhin wird noch jeder Studienanfänger der politischen Wissenschaft dahingehend unterwiesen, es gebe drei 'Schulen' (H.i.O.) des Fachs: eine positivistisch-szientistische, eine kritisch-emanzipatorische, ferner eine 'praktische' (H.i.O.), wobei zur näheren Bestimmung der Phantasie keine Grenzen gezogen sind. Daß die 'praktische' (H.i.O.) Richtung abständig, wissenschaftstheoretisch 'überholt' (H.i.O.) sei, darf wohl als 'herrschende Lehre' (H.i.O.), kritisch gewendet also als Lehre der heute im Fach Herrschenden gelten."<sup>17</sup>

Deutlich hörbar ist auch in dieser Passage der Ton des sich selbst als Außenseiter der Profession Wahrnehmenden. Die Konstruktion einer Trias von Theorietypen und Schulen ist sowohl unter erkenntnistheoretischen als auch unter wissenssoziologischen Gesichtspunkten defizitär.<sup>18</sup> Diese – nur unter Verzicht aller semantischen Kompetenz überhaupt "operationalisierbare" Konstruktion<sup>19</sup> –, die einigen Lehrenden und Lernenden des Fachs offensicht-

<sup>17</sup> Ders., Politik und praktische Philosophie. Schriften zur politischen Theorie, Stuttgart 1977, Vorwort.

<sup>18</sup> Vgl. Wolf-Dieter Narr, Logik der Politikwissenschaft – eine propädeutische Skizze, in: Gisela Kress/Dieter Senghaas (Hrsg.), Politikwissenschaft eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt/M. 1969, S. 9-37. Dazu: Klaus von Beyme, Die deutsche Politikwissenschaft im internationalen Vergleich, in: Ders. (Hrsg.), Politikwissenschaft in der Bundesrepublik – Entwicklungsprobleme einer Disziplin, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 17, Opladen 1986, S. 17.

<sup>19</sup> Begriffe markieren Unterscheidungen. Wer also behauptet, eine Schule sei "normativ-ontologisch", eine andere "empirisch-analytisch", die nächste "historisch-kritisch" oder gar "dialektisch-kritisch", der sagt damit gleichzeitig, daß etwa die "Normativen Ontologen" und die "Historisch Kritischen" nicht "empirisch" und "analytisch" seien. Während beispielsweise die "Empirischen Analytiker" nicht "kritisch" seien. Würden diese Unterscheidungen/Ausschließungen nicht intendiert, wären alle Theorietypen und Schulen "alles", dann machte die Nennung keinen Sinn. Und genau so verhält es sich, denn es gibt keine Wissenschaftsdisziplin, die nicht auf ihre Wirklichkeitsorientierung (Empirie), ihre analytische Kompetenz, ihren kritischen Gehalt usw. hinwiese. Allein die Begründungsmobilisierung für Aussagen über Wirklichkeit unterscheiden sich. "Normativ" sind darüber hinaus auch alle Aussagen im Sinne einer der wissenschaftlichen Argumentation vorgelagerten Lebenswelt, aus der heraus überhaupt erst Wissenschaft entsteht. Gerade die Triaskonstruktion artikuliert einen unreflektierten Normativismus: nur die "historisch-kritische" Schule biete die "eigentliche" Wissenschaft von der Politik an. Narrs "Triaskonstruktion" versucht, objektivistisch und substantialistisch Kennzeichen von "Theorietypen" zu entwerfen. Demgegenüber muß auf den relationalen Gehalt jeder Theorie, ihre soziale Konstruktion, ihre Umwelt, ihr Milieu, Konventionen der scientific community etc. hingewiesen werden. Geschieht das, dann kommt man um die Feststellung nicht herum, daß die zur Zeit gängigen und im Betrieb der Politikwissenschaft vertretenen "Meta-Theorien" alle in sich und für sich normativ, empirisch, kritisch, analytisch, historisch usw. sind.

lich hauptsächlich als Identitätsstütze dient, wird ihm zum Dokument seiner Ausschließung. Sieht man die Beteiligung an Festschriften für Fachvertreter, die Produktion derselben für die eigene Person und die Einstufung durch Kollegen als Indikatoren für die Stellung des Betreffenden innerhalb der scientific community an, so relativiert sich dieses Bild der Randständigkeit. Hennis beteiligt sich an Festschriften für Smend, Eschenburg, Sternberger u.a. Die zu Ehren seines 65. Geburtstags von Hans Maier, Ulrich Matz, Kurt Sontheimer und Paul-Ludwig Weinacht herausgegebene Schrift "Politik, Philosophie, Praxis" versammelt einen eindrucksvollen Kreis der Freunde und – sofern von solchen Prägungen überhaupt noch gesprochen werden kann – "Schüler". In der wohl bekanntesten Reputations- und Ranglistenerhebung unter deutschen Politikwissenschaftlern belegt Hennis vordere Plätze.<sup>20</sup>

Allerdings legte die Politikwissenschaft in der Bundesrepublik insbesondere Ende der sechziger Jahre andere Leitschienen ihrer Szientisierung und Professionalisierung als Hennis' mit seiner "praktischen Philosophie". Die Auseinandersetzungen auf Politologentagen, in den Fachzeitschriften und den Fußnoten der jeweils eigenen Publikationen waren entsprechend heftig. Hennis' polemische Kraft tat ihr übriges. Es kennzeichnet die Veränderungen in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen, daß einige ihrer Vertreter, die in den fünfziger und sechziger Jahren den Grundstein ihrer wissenschaftlichen Arbeit legen, Ende der siebziger und in den achtziger Jahren zu verbitterten, weil ungehörten "Anti-Soziologen" und "Anti-Politologen" werden.<sup>21</sup> Diese Haltung bestimmt auch Hennis' Vorwort zur Neuerscheinung von "Politik und praktische Philosophie". Den "Fortschritt" der Disziplin setzt er in Anführungsstriche.

Die Wissenschaft von der Politik wird dabei in eine Geschichte des Verfalls politischen Denkens eingereiht, das sich im Vergessen teleologischen Wissens um die Finalität politischer Ordnungen reiner Instrumentalität verschrieben hat. In der Konzentration aller Reflexion auf den Begriff der "Macht" findet diese Rationalität des Machbaren ihren modernen Ausdruck: "Indem sie [politische Wissenschaft, d.Verf.] der Zeit die leitenden Begriffe entnimmt, gar nicht mehr den Anspruch erhebt, mehr sein zu wollen, als ihre

---

<sup>20</sup> Hanno Honolka, Reputation, Desintegration, theoretische Umorientierungen. Zu einigen empirisch vernachlässigten Aspekten der Lage der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: v. Beyme (Hrsg.), Politikwissenschaft in der Bundesrepublik, S. 41 ff.

<sup>21</sup> Man denke hier nur an Helmut Schelsky, Friedrich Tenbruck, Hans-Joachim Arndt.

Zeit in Gedanken erfaßt', wird sie notwendig positivistisch: sie kann die Zeit weder kritisch beurteilen, noch nach einem außer ihr liegenden Kriterium rechtfertigen. Damit entschlägt sie sich der Möglichkeit, auf die wichtigsten Fragen des Politischen eine Antwort auch nur zu suchen. Denn auch wenn die Wissenschaft diese Frage für töricht, ja 'unwissenschaftlich' hält, werden die Menschen weiter die Frage stellen, warum sie eine Art politischer Organisation einer anderen vorziehen sollen. Sie wollen wissen, wonach eine politische Gemeinschaft streben soll, welches ihr 'Zweck' ist und nach welchen Maßstäben ihre Leistungen zu beurteilen sind. Es mag sein, daß der Bürger einmal verlernt haben wird, solche Fragen zu stellen. Die politische Wissenschaft sollte sich davor sichern, daran mitschuldig zu werden. Sie durchschneidet ihren eigenen Lebensfaden, bemüht sie sich nicht, auf solche Fragen Antwort zu geben. Ihr gegenwärtiger Zustand ist die Folge des Ausweichens vor aller normativen Bestimmung des politisch zu Fordernden und Aufgegebenen.<sup>22</sup>

Daß die Disziplin einen anderen Weg gegangen ist und sich vor allem in den Begriffen strukturaler und systemtheoretischer Beschreibungsweisen professionalisiert, "objektiviert" und zur empirischen Sozialwissenschaft entwickelt hat, liegt auch daran, daß der moderne Gesellschaftsbegriff für substantialistische Setzungen "des" Richtigen und Guten keinen Platz läßt. Auf das Selbstbild des Individuums als autonomes, selbstbestimmtes Subjekt hin dynamisierte Gesellschaften entwerfen die privaten Räume der subjektiven Glücksbestimmung als rechtliche Schutzzonen, in der die einzelnen ihren Vorstellungen vom Guten folgen können, soweit sie nicht die Rechte anderer beschränken. Der "Sozialvertrag" als Gründungsmetapher und Begründungsfigur moderner, neuzeitlicher Staatsbildung kennt keine allgemeine Moral, sondern vernünftige Regularien.<sup>23</sup> Sinn müssen die Individuen für sich selber schöpfen, oder es gibt keinen. Kulturkritische Beobachter setzen nun an diesem normativen Defizit liberaler Vergesellschaftung an und beklagen den leerlaufenden Individualismus, den "Atomismus" (Charles Taylor) der Moderne. Auch Hennis geht es um die Frage nach der Einheit der differenten Individuen, nach dem Allgemeinen im Besonderen. Bezeichnenderweise spricht er dabei – aristotelisch inspiriert – von "politischen Gemeinschaften", also von Organisationsformen jenseits gesellschaftlicher Stiftungsrationalität. Seine Beschäftigung mit dem Politischen ist von der Sorge bestimmt, daß allein die gesellschaftliche instrumentelle Vernunft solchen Zusammenhang nicht begründen kann. Der Staat soll die Sicherung des Allgemeinen gewährleisten; das kann er aber nur, wenn über seinen Zweck, sein Ziel reflektiert wird. Politikwissenschaft muß dann notwendig normativ sein, oder sie ist überflüssig. Distanzlos schmiegt sie sich dann an die schlechte Wirklichkeit der Beliebigkeit und Ziellosigkeit an: Hennis beklagt die positivistische Distanzlosigkeit der Politikwissenschaft zu ihrem Gegenstand.<sup>24</sup> Demgegenüber rückt er den

<sup>22</sup> Hennis, *Politik und praktische Philosophie* (2. Aufl. 1977), S. 12.

<sup>23</sup> Das gilt auch für Rawls' "Theorie der Gerechtigkeit".

<sup>24</sup> Mit Bernd Guggenberger/ Klaus Hansen, *Jenseits von Mittelmaß und Wahn*, in: Dies. (Hrsg.), *Die Mitte – Vermessungen in Politik und Kultur*, Opladen 1993, S. 19 kann aber nach dem unreflektiert vollzogenen Wandel in der normativen Aufladung der Disziplin in den frühen siebziger Jahren festge-



Zusammenhang von Politik – Staatslehre – Verfassung – Normen in den Mittelpunkt der Analyse.

Historisch-genealogisch spürt er diesem von ihm behaupteten Verlust des Teleologischen nach. Für Hennis ist der Staat ohne Telos beliebig operationalisierbar; frei im Sinn des Zwecklosen. Der Gefahr dabei in Kategorien einer Identität von Herrschern und Beherrschten zu denken, entgeht Hennis nicht ganz, denn die einheitsstiftende Kraft des Staates geht letztendlich doch auf eine solche schon im gesellschaftlichen angelegte Identität und ubiquitäre Herrschaftsunterworfenheit zurück. Das Rousseausche Paradox einer Definition von Freiheit, in der jeder jeden beherrscht ("Ich herrsche über Dich, und Du herrschst über mich") und damit jeder auch in seiner Sozialität nur über sich selbst (Selbstbestimmung = Freiheit), wird nicht als notwendige Illusion kritisiert. Stattdessen gilt die Formel eines *Volonté générale* als mögliche Gemeinwohlkonzeption, ohne daß die Stützung dieses allgemeinen Willens durch den rousseauistischen Entwurf einer objektiven, überzeitlichen Vernunft berücksichtigt würde. Das Volk kann irren, die Vernunft (und derjenige, der sie versteht) aber nie.<sup>25</sup> Die Nähe zu Konzepten der Unterfütterung des Politischen durch (zivil)religiöse Setzungen, die als allgemeine, konsensuelle Basis den Kampf der Egoismen bändigen sollen, wird hier deutlich.

## Gemeinwohl

In Hennis' Denken nimmt die Kategorie des "guten Lebens", der "guten Ordnung" eine wichtige Stellung ein. Er greift auf aristotelische Figuren zurück, um über eine Reflexion der Bedeutung von "Polis" und "Oikos" zu einer normativ gesättigten Theorie des Staates zu gelangen: "Sehe ich es falsch, oder ist es nicht doch so, daß dem Staat heute von jedem, der glaubt auf der Seite des Fortschritts zu stehen, bestritten wird, was ihm in der Tradition nie bestritten wurde: Hüter, Pfleger, Förderer der Sittlichkeit, des Schönen, Wahren,

---

halten werden, daß im mainstream westdeutsche Politikwissenschaft – wie keine andere Wissenschaft – ihren Gegenstand, die Wirklichkeit des Politischen, denunziert und die Distanz zu ihm betont: "Für ihren miserablen Ruf ist die empirische Politik nicht uneingeschränkt selbst verantwortlich. Keine andere Wissenschaft ist über Jahrzehnte hinweg ähnlich rüde mit ihrem Gegenstand verfahren wie die politische – weder die Medizin mit dem menschlichen Körper noch die Jurisprudenz mit dem Recht, weder die Ökonomie mit den knappen Gütern noch die Soziologen mit den beobachtbaren Regelmäßigkeiten des Sozialverhaltens. Mit ihnen allen verbindet die Politikwissenschaft allenfalls die relative Unkenntnis ihres Gegenstandes, nicht aber dessen quasimasochistische Verketzerung".

<sup>25</sup> Gerade an diesem Sicherheitsdenken in Begriffen technokratischer und normativer Wahrheit machen sich linke und rechte Rousseau-Interpretationen fest.

Guten zu sein, sobald diese Kategorien über individuelle Beliebigkeiten hinausgehen? Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich meine, daß ein überaus starkes, kaum mehr unterschwelliges, sondern ganz evidentestes Verlangen unserer Zeit dahingeht, den Staat als *Garanten der sittlichen Normen* (H.i.O.) ad acta zu legen. Er soll ein technischer Dienstleistungsbetrieb sein. [...] Überall dort, wo Kontroversen über etwas diese Dienste Transzendierendes entstehen – auf dem Gebiet der Ehe, Moral, Sitte, überhaupt dort, wo es nicht um Rechte, sondern Gewohnheiten und Schuldigkeiten geht – sucht man den Staat zurückzudrängen."<sup>26</sup> Noch einmal stoßen wir hier auf Hennis' Krisendiagnostik. Das politische Denken der Moderne bringt keine Staatstheorie des summum bonum mehr hervor, weil es zwischen den partikularen gesellschaftlichen Interessen keine Entscheidung herbeiführen kann. Allenfalls sind "Verhandlungen" und Kompromißbildungen möglich; diese richten sich aber vor allem nach dem Machtpotential der jeweiligen Interessen(gruppen). So wird der Staat zur technisch omnipotenten Instanz, mit der beliebige Zielvorstellungen anvisiert werden können, die sich als das Allgemeinwohl ausgeben. Hinter allem steht allein gesellschaftliche und politische Macht und die willkürliche Entscheidung. Hennis kritisiert solchen "Dezisionismus", wobei er seine Kritik an Verneinungen der diskursiven Begründbarkeit teleologischer Staatszwecke nicht nur gegen Carl Schmitt und seinen Machtzynismus der beliebigen Unterscheidung von "Legalität" und "Legitimität" richtet, sondern auch linke Skeptiker einbezieht. Lange vor Ellen Kennedy hat Hennis damit auf die semantische Nähe der Liberalismuskritik von Vertretern der "Kritischen Theorie/Frankfurter Schule" zu Carl Schmitt aufmerksam gemacht?<sup>27</sup>

In Anlehnung an Hannah Arendt analysiert er moderne Staatlichkeit als Instanz der materiellen Daseinsfürsorge, wobei das Politische zum sozialpolitischen Verteilungskampf denaturiert. Die klassische Hauswirtschaft (Oikos) drängt in die Sphäre des Politischen (Polis). "Herstellen" und "Machen" erset-

<sup>26</sup> Hennis, *Ende der Politik? Zur Krisis der Politik in der Neuzeit* (1971), in: Ders., *Politik und praktische Philosophie*, S. 193.

<sup>27</sup> Vgl. Hennis, *Legitimität: Zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, in: Peter Graf Kielmansegg (Hrsg.), *Legitimitätsprobleme politischer Systeme*, *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 7*, Opladen 1976, S. 9-38; Ellen Kennedy, *Carl Schmitt und die "Frankfurter Schule"*. *Deutsche Liberalismuskritik im 20. Jahrhundert*, in: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft*, 12, 1986, S. 380-419; Alfons Söllner, *Jenseits von Carl Schmitt. Wissenschaftsgeschichtliche Richtigstellungen zur politischen Theorie im Umkreis der "Frankfurter Schule"*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 12, 1986, S. 503-529; Ulrich K. Preuß, *Carl Schmitt und die Frankfurter Schule: Deutsche Liberalismuskritik im 20. Jahrhundert – Anmerkungen zu dem Aufsatz von Ellen Kennedy*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 13, 1987, S. 400-418; Peter Haungs, *Diesseits oder jenseits von Carl Schmitt?*, in: Hans Maier/ Ulrich Matz/ Kurt Sontheimer/ Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.), *Politik, Philosophie, Praxis, Festschrift für Wilhelm Hennis zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 1988, S. 526-544 und ebd. Hasso Hofmann, *Was ist uns Carl Schmitt?*, S. 545-555.

zen den Diskurs der freien Bürger.<sup>28</sup> Damit wird der Bürger, hier immer vorgestellt als Citoyen, zum Sklaven der Produktion.<sup>29</sup> Das Politische geht in der instrumentellen Rationalität des "Anstaltsstaates" (Max Weber) vollständig auf<sup>30</sup> Lehnt man aber diese moderne Definition des Verhältnisses von Individuum, Staat und Gesellschaft ab, so stellt sich das Problem der Begründbarkeit einer politischen Teleologie, einer politischen Zwecklehre des Staates.

Kritiker werfen Hennis in diesem Zusammenhang vor, er griffe auf ontologische Bestimmungen des menschlichen Wesens zurück, solche Aussagen seien aber metaphysisch und entzögen sich dem wissenschaftlichen Diskurs. Demgegenüber hat Hennis betont, er wisse gar nicht, was Ontologie sei und argumentiere auch nicht ontologisch. Eine Darstellung seiner Begründungsarbeit zeigt, daß tatsächlich darin nicht ontologischen Überlegungen Raum gegeben wird, sondern ein Begriff von "Praxis" exemplifiziert wird, der sich aus der Analyse politischer Lagen ergeben und normative Orientierungen möglich machen soll.<sup>31</sup> Damit entwickelt Hennis eine Argumentationslinie zur Stellung von "Praxis" im politischen Diskurs, die – gerade vor dem Hintergrund der vehement gerührten Debatte über Begründungsstrategien normativer Argumentationen und ihr Verhältnis zur "Wirklichkeit" – viel von dem vorwegnimmt, was heute unter dem Stichwort "Kommunitarismus" diskutiert wird.<sup>32</sup>

---

<sup>28</sup> Vgl. Hannah Arendt, *Vita Activa oder vom tätigen Leben*, 6. Aufl. München 1989, v.a. die Differenzierung zwischen "Arbeit", "Herstellen" und "Handeln". Vgl. dazu: Sabine Paul, *Machtbegriffe und Menschenbild bei Hannah Arendt und Michel Foucault*, unveröff. Diplomarbeit, Marburg 1994.

<sup>29</sup> Hennis plädiert nicht für eine Rückkehr oder eine konkrete sozial-historische Vorbildfunktion antiker "Demokratie". Schließlich setzte die Bürgerfreiheit die Versklavung von Hausarbeitern, Frauen etc. voraus. Ihm geht es um die Rekonstruktion von Begründungsfiguren für solche begrifflichen Konstruktionen wie Freiheit, Tugend usw.

<sup>30</sup> Die in seiner Habilitationsschrift und vielen anderen Arbeiten der sechziger und siebziger Jahre vorgetragene deutliche Kritik an Max Webers Rationalitäts- und Herrschaftstypen paßt genau in diese Kritik instrumenteller Vernunft. Hennis, *Max Webers Fragestellung – Studien zur Biographie des Werkes*, Tübingen 1987, entwirft allerdings ein anderes Verständnis Webers, der jetzt als Erforscher praktischer Lebensweltlichkeit des Menschen gilt, damit seine Rationalitätstypen an konkrete Situationen, politische Wirklichkeiten bindet. In den Mittelpunkt rückt damit Weber als Begründer wirklicher "Humanwissenschaft" und nicht nur der Erfinder von Kategorien rationalen Handelns.

<sup>31</sup> Vgl. Reinhard Mehring, *Das politische Dasein erhellen. Zum Politikbegriff von Wilhelm Hennis*, in: *Politisches Denken. Jahrbuch 1991*, hrsg. von Volker Gerhardt, Henning Ottmann, Martyn P. Thompson, Stuttgart 1992, S. 147ff.

<sup>32</sup> Hennis hat sich an einigen Stellen auf frühe Studien Michael Walzers bezogen. Auf die Nähe von Walzers "Spheres of Justice" zu Hennis' Denken müßte in einer Detailuntersuchung eingegangen werden.

## Topoi

Im Zentrum von Hennis' Bemühungen steht die Rekonstruktion einer Sprache der politischen Teleologie. Seine – in "Politik und praktische Philosophie" entfaltete – topische Methode erschließt die semantischen Veränderungen im Reden über Staat und Politik seit den antiken Demokratien. Wobei in der historisch-genealogischen Vorgehensweise die Normen des Politischen fundiert und mit dem Verlust dieses Sprechens in der Moderne kontrastiert werden. Dies markiert einen aktuellen Diskurs: Was Hennis für den Bereich der Politik versucht, hat Alasdair MacIntyre für ethische Argumentationen fruchtbar gemacht<sup>33</sup>.

Über eine topische Reflexion gelangt Hennis zu Kategorien von Praxis, die der Wirklichkeit dann gegenübergestellt werden können. So legt er bezeichnenderweise in seiner – 1961 gehaltenen – Frankfurter Antrittsvorlesung den Gedanken des "Amtes" aus und kommt dann zu einer kritischen Folie, vor deren Hintergrund das Ausfüllen politischer Ämter kritisch überprüft werden kann.<sup>34</sup> Daneben gibt es zahlreiche andere Praxen, z.B. "Freiheit" oder "Bürgerbeteiligung". Immer wird die historisch-genetischen Füllung dieser Felder untersucht und der normative Hintergrund rekonstruiert. Hennis fragt nicht nach dem Wesen oder der Bestimmung des Menschen, sondern nach den inhärenten Logiken und Gütern in bestimmten Handlungsfeldern. Das ist für den Bereich des Politischen besonders schwierig: "Nicht nur wegen der schwer abgrenzbaren Weite des Gebiets, sondern auch wegen der heute völlig unklar gewordenen Frage, wer denn heute Hüter der Regeln der *ars politica* geworden ist. Es gibt heute eine vergleichsweise ungebrochene Tradition richterlicher, militärischer, unternehmerischer 'Standeskunst' (H.i.O.), einmal weil es hier doch noch so etwas wie eine intakte Standesehre gibt – und sei dies auch bloße Erfolgsethik. Es kann wohl kaum bezweifelt werden, daß demgegenüber die politische Kunst während der letzten 100 Jahre eine be-

---

<sup>33</sup> Vgl. Alasdair MacIntyre, *Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart* (After Virtue. A Study in Moral Theory, Notre Dame, Ind. 1981) Frankfurt/M., New York 1987, zum erkenntnistheoretischen und rationalen Status dieses Denkens, Ders., *Whose Justice? Which Rationality?*, Notre Dame, Ind. 1988. Vgl. die in meinem Hauptseminar "Politische Theorie des Kommunitarismus" entstandene Studie von Britt-Marie Schuster, *Sozialteleologie und Kritik am Liberalismus. Eine Auseinandersetzung mit MacIntyres "Verlust der Tugend"*, unveröff. Manuskript, Marburg 1993. Interessenten kann das Manuskript zugesandt werden.

<sup>34</sup> Hennis, *Amtsgedanke und Demokratiebegriff*, Frankfurter Antrittsvorlesung vom 4.2.1961, in: Ders., *Politik als praktische Wissenschaft – Aufsätze zur politischen Theorie und Regierungslehre*, München 1968, S. 48ff. Konkret wird diese Methode dann etwa in Hennis' Kritik an dem als Manipulation des Bundestages im Frühjahr 1983 gedeuteten Vorgehen von Kanzler Kohl, der absichtlich die Abstimmung über eine Vertrauensfrage verliert, um den Bundestag auflösen zu können: Ders., *Institutionelle Sorgen in der Bundesrepublik?* S. 60; Ders., *Gedankenspiel über einen "Befreiungsschlag" – Was plant der Kanzler*, in: *Die Zeit*, Nr. 50, 10.12.1993, S. 12.

trübliche Entwicklung durchgemacht hat, ganz gleich, ob man an die Außenpolitik oder die Gesetzgebung denkt. Versagen wird kaum noch als solches erkannt oder bleibt ohne Konsequenzen. Die politische Wissenschaft wird insofern ohne sicheren Halt an einer intakten Praxis die Regeln politischen Rasonnements wieder erarbeiten müssen. Für diese Aufgabe wird das Studium konkreter politischer Fälle lehrreich sein, nicht weniger wird aber aus der großen politischen Literatur der Vergangenheit gelernt werden können. Wenn politisches Denken in besonderer Weise argumentierendes, Gründe suchendes, eben dialektisch-topisches Denken ist, so bietet die große politische Theorie der Vergangenheit dafür reiche Anschauung. Man denke nur an die perennierende Erörterung der Frage nach der besten Staatsform."<sup>35</sup>

In der Konstruktion von Praxen und ihren jeweiligen inhärenten Gütern gewinnt Hennis nun einen empirisch fundierten Hintergrund für seine normative Argumentation. Allerdings stößt er dabei auf das Problem, daß der "Erfolg" einer Handlung nicht zur entscheidenden Kategorie werden und nur zu einem geringen Teil im Zentrum des "Guten" stehen darf, denn dann hätte sich die normative Begründungsabsicht in Kalkulation verwandelt. Deshalb markiert der Hinweis auf die "Erfolgsethik" verschiedener "Künste" einen Selbstwiderspruch. Nicht auf den Erfolg kommt es an, sondern auf die richtige, gute Praxis.<sup>36</sup>

Hennis überträgt diesen Gedanken einer Kunstlehre von Regeln, die sich in ihrer Anwendung als inhärente Güter beweisen, auf die Politik. Da aber aufgrund der Pluralisierung von Lebensstilen und Interessen die Gesellschaft "funktioniert" und immer dem "Notwendigen" (Oikos) verhaftet bleibt, bedarf es einer Sphäre, in der nicht nur die Gesellschaft reguliert, sondern Freiheit und Gleichheit der Individuen erst konstituiert werden. Dies ist für Hennis der Raum des Politischen, des Staatlichen. Im politischen Diskurs soll die Einheit der differenzierten Gesellschaft gewährleistet werden. Diese Einheitsstiftung wird zur Kunst, damit zu einer objektivierbaren Sphäre "richtiger" und "falscher" Handlungen. Wobei hier "richtig" und "falsch" nicht unter instrumentellen Aspekten zu betrachten sind, sondern eher mit den Kategorien des "Guten" und "Nicht-Guten" korrespondieren. Gute Politik setzt Meisterschaft voraus. Allerdings entspricht die in diesem Kontext vorgenommene Verknüpfung von "Kunst" und "Politik" nicht den zeitgenössischen, modernen Rezeptionsweisen des Künstlerischen, tritt doch der Begriff des "Meisterlichen", des "Könnens" in der modernen Kunst in den Hintergrund, weil sich auch die ästhetischen Kategorien differenziert haben und stärker die Authentizität der sich im "Kunstwerk" (selbst der Begriff mutet anachronistisch an) ausdrückenden Subjektivität betonen. Letztlich verweist der Kunstbegriff auf soziale Räume der Kunstproduktion und -rezeption, der Expertenkulturen und Öff-

---

<sup>35</sup> Ders., Politik und praktische Philosophie, S. 116.

<sup>36</sup> Die Praxis des Spiels verweist auf das Einhalten von Regeln, auf Fairness, auf den Verzicht unlauterer Methoden usw. und nicht auf den unter allen Umständen zu erringenden Sieg. Nicht der Gewinner ist notwendig der "gute" Spieler.

fentlichkeiten. Kunst wird relational und verliert ihre "Substanz". Ähnlich verhält es sich mit der Anwendung des Begriffs einer "Kunstlehre" auf andere Bereiche. Selbst die Rede von der "ärztlichen Kunst" verweist auf kleinräumige Rationalität der instrumentell richtigen Diagnose, Therapie usw. Hier gibt es "Können" und "Meisterschaft", aber diese haben nichts mit Konzepten einer Realisierung der der Gesundheit inhärenten Güter zu tun, sondern verbürgen im Rahmen spezifischer Rationalität Erfolg.

Eine ähnliche Relationierung des Politischen ist für Hennis ein Schrecken fehlverlaufender Moderne. Gerade in der Reflexion über Praxis möchte er eine Substanz des Politischen retten, die sich relativierenden Anfechtungen gegenüber behaupten kann.

## Substanz des Politischen

Aus diesem Dilemma kommt Hennis nur schwer heraus. Wenn Praxis beliebig wird und sich in dieser Relativität reiner Zweckrationalität fügt, dann ist die kritische Folie dahin. Hennis versucht dieses Problem zu lösen, indem er in seinen Praxisbegriff Kategorien des "Selbstverständlichen", des "common sense" inkorporiert: "Wer nicht in der Lage ist zu erfahren, welches die Vorzüge eines freien gegenüber einem Sklavenleben sind, wird einer Theorie der Freiheit kein Verständnis entgegenbringen können. Alle Einsichten im Bereich des Ethisch-Politischen setzen ein gewisses Maß innerer Differenziertheit voraus, d.h. Problemgefühl, die auf bloß intellektuellem Wege nicht erworben werden können."<sup>37</sup> Wer nicht verblödet oder barbarisiert ist, der weiß, warum z.B. parlamentarische Demokratien Diktaturen vorzuziehen sind. Eine solche Entscheidung ist alltagspraktisch; die Menschen "stimmen mit den Füßen ab" und versuchen, ihren Freiheitsraum zu vergrößern. Sie ziehen sich aus der "schlechten" Ordnung zurück, bilden "Nischen", gehen in die "innere Emigration" usw. Politikwissenschaftlich können diese Reaktionsformen rekonstruiert werden; so entsteht ein Gerüst politisch wertgeleiteten Handelns, wenn auch die Individuen in ihrer Praxis selbstverständlich agieren.<sup>38</sup>

---

<sup>37</sup> Hennis, Politik und praktische Philosophie, S. 35.

<sup>38</sup> In diesem Zusammenhang ist aber auch die Beobachtung zu machen, daß Individuen auch die "schlechte", diktatorische Ordnung wählen, auf Freiheitsrechte verzichten, zu Gehilfen dieser Ordnung werden usw. Die alltagspraktische Entscheidung für Freiheit, Selbstbestimmung, Individualismus ist nur für Gesellschaften des okzidentalen Rationalismus, des "atlantischen" Projekts der Aufklärung selbstverständlich. Rekonstruktion von Praxis verweist also auf bestimmte Rechtfertigungskontexte und ist nicht universalistisch. Hier setzt Richard Rorty an, der auch deutlich macht, daß diese Selbstverständlichkeit eben nicht gestiftet werden kann, sondern vorhanden ist oder nicht vorhanden ist. Geht diese Selbstverständlichkeit, gehen diese konsensuellen Bereiche verloren, gibt es für das politische System keine Rettung mehr. Politische Defizite bei der Option für die bessere Ordnung sind nicht "therapierbar".

Nicht nur die Inhalte der Praxis, sondern auch ihre Formen, Denk- und Sprachfiguren geben nun nach Hennis einen überzeitlichen Kern des Politischen an. Freiheit und Gleichheit werden im politischen Diskurs erst konstituiert. Die Staatsbürger (Citoyen) erkennen sich hier als Gleiche an. Urteilskraft, Mäßigung, Verantwortlichkeit, Wahrheit und Wahrhaftigkeit und die Möglichkeit, solche Tugenden ausprägen zu können, machen gute Ordnungen aus. Solches Denken ist zu dem Geschäft der alltäglichen Politik auf Distanz gegangen. "Differenziertheit" und "Urteilskraft", "Weisheit" und "Mäßigung" bestimmt die Realität des Tagespolitischen selten. Wer nicht auf die kleinen Zirkel der Weisen und Weltklugen hoffen will oder kann, dem bleibt dräuender Pessimismus: "Das politische Problem – das gerechte, menschenwürdige Zusammenleben unter Herrschaft – wird im modernen Denken abgestellt auf einen kleinen Teil der menschlichen Vernunft, auf den kalkulierenden, konstruierenden Verstand, auf die technische Potentialität des Menschen. Dagegen wird die *phronesis* (H.i.O.), die *prudentia* (H.i.O.), die politische Klugheit und Weisheit abgedankt. Da sie das Erstrebte nicht mit Sicherheit herbeischafft, gibt das moderne Denken sie preis, mit mehr oder minder großer Radikalität."<sup>39</sup> Doch "die" Politik hört so wenig auf wie "die" Geschichte, auch wenn der kundige Beobachter, nur Denaturierung und Verfall des Eigentlichen feststellen zu können glaubt. Was von den Normen bleibt, wenn sich Begriffe wandeln, fragt Wilhelm Hennis. Sein Versuch, Politikwissenschaft als wertgesättigte Wirklichkeitswissenschaft zu betreiben, geht über den allgemeinen erkenntnistheoretischen und normbegründenden Zustand der Disziplin weit hinaus, die zu oft ohne Theorie (manchmal ohne Methode) Erkenntnisgewinnung betreibt und über die Bedingungen der Möglichkeit ihrer Normativität nicht reflektiert. Es bleiben sicher mehr Fragen als Antworten, aber gerade auf die Fragen kommt es an.

---

<sup>39</sup> Hennis, Ende der Politik? Zur Krisis der Politik in der Neuzeit (1971), in: Ders., Politik und praktische Philosophie, S. 159.